

Edward Said über Israel/Palästina

Von Michael Schiffmann

Es ist hier unmöglich, auch nur einen Überblick über Edward Saids vielfältiges Leben und seine Leistungen zu geben, daher werde ich mich auf die Themen konzentrieren, die in der Ankündigung zu dieser Veranstaltung dargelegt werden.

Wer war Edward Said? Für das US-Monatsmagazin Commentary war er der „Professor des Terrors“ (August 1989) und eine Person, die ihre eigene Biografie fälschte, um sich als palästinensischer Flüchtling auszugeben (Commentary, 1999). Die Denunziationen halten immer noch an, etwa in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) vom 23. November 2023, die Said den „Philosophen, der Steine warf“ nannte und sich dann darüber beschwerte, dass sich niemand darum kümmerte, dass Said „Arafats Mann in New York“ war.

Die letztgenannte Charakterisierung enthält einen Funken Wahrheit, und deshalb werde ich hier beginnen.

Wie Sie in dem so schön erzählten Einführungsfilm von Middle East Eye gesehen haben, war Said bis zum sogenannten 6-Tage-Krieg zwischen Israel und drei umliegenden arabischen Staaten von 1967 – wenn nicht im Denken, so doch in der Tat – ein Intellektueller im Elfenbeinturm, der diesen Krieg als Schock erlebte und anfang zu handeln.

Said vertiefte sich in die arabische Kultur und Literatur, besuchte die Region oft, begann über Palästina und die Palästinenser zu schreiben – eine Reihe dieser Artikel sind in „The Politics of Dispossession“ zusammengefasst – und verbrachte das akademische Jahr 1972/73 in Beirut, wo er mit der PLO in Kontakt kam, der damaligen nationalen Befreiungsorganisation, die das palästinensische Volk vertrat. Von 1977 bis 1991 war er Mitglied des Palästinensischen Nationalrats (PN), dem gesetzgebenden Organ der PLO. Hier einige Hintergrundbemerkungen zur PLO.

In ihrer Nationalen Charta von 1968 vertrat die PLO die Position, dass das gesamte ehemalige Mandatsgebiet Palästina durch bewaffneten Kampf befreit werden sollte, der zur Gründung eines einzigen demokratischen palästinensisch-arabischen Staates führen sollte. Gemäß der Charta werden „die Juden, die bis zum Beginn der zionistischen Invasion“, also 1917, normalerweise in Palästina gelebt hatten, „als Palästinenser betrachtet“, eine Position, die viele israelische Juden kaum überzeugt hätte. Dass der geplante Staat „säkular und demokratisch“ sein sollte, wie Arafat in einem Interview mit Le Monde im Februar 1969 sagte, hätte ihre Befürchtungen kaum lindern dürfen.

Ab 1974 rückte die PLO von dieser Position ab und vertrat nun die Idee eines palästinensischen Staates in den Gebieten, die 1967 von Israel besetzt worden waren, also im Gazastreifen, im Westjordanland und in Ostjerusalem, eine Idee, die bereits seit 1970 diskutiert wurde. Auf seiner 12. Sitzung verabschiedete der PN ein Zehn-Punkte-Programm, in dem die Einrichtung einer nationalen Behörde „für jeden Teil des befreiten palästinensischen Gebiets“ gefordert wurde, jedoch mit dem Ziel, „die Befreiung des gesamten palästinensischen Gebiets zu vollenden“.

Dieser letzte Teil wurde zu einem Zankapfel innerhalb der PLO, denn wie sich herausstellte, war er für die Führung um Arafat und seine Fatah nur ein Lippenbekenntnis zu einer Sache, die, wie sie erkannt hatte, verloren und nicht zu gewinnen war. Für andere Fraktionen war diese neue sogenannte Zweistaatenlösung entweder ein Gräuel oder lediglich eine Etappe im Kampf um die Befreiung ganz Palästinas.

Sie haben vielleicht bemerkt, dass ich Israel bisher noch nicht erwähnt habe. Der Grund dafür ist, dass es zur Konfliktlösung kaum etwas zu sagen gibt. Im Gegensatz zur UN-Resolution 242 vom November 1967, in der es hieß, dass der gewaltsame Erwerb von Gebieten verboten sei, beschloss Israel nach dem Krieg von 1967, die von ihm eroberten palästinensischen Gebiete an niemanden zurückzugeben, schon gar nicht an die Palästinenser selbst. Bereits 1971 bot der ägyptische Präsident

Anwar al-Sadat Israel Frieden gegen einen vollständigen Rückzug aus allen eroberten Gebieten an, und das ohne Zugeständnisse an die Palästinenser. Israel lehnte jedoch ab.

Der Frieden mit Ägypten kam erst zustande, nachdem Ägypten im Oktoberkrieg 1973 versucht hatte, seine verlorenen Gebiete mit Gewalt zurückzuerobern. Seit 1971 war es stets Israel, das sich unter Verletzung von Artikel 242 weigerte, die besetzten palästinensischen Gebiete zurückzugeben, und seit Mitte der 1970er Jahre lehnte es stets eine reale palästinensische Eigenstaatlichkeit ab.

Als Said und Arafat sich zum ersten Mal trafen – oder vielmehr zusammenzuarbeiten begannen, ob sie sich persönlich trafen, weiß ich nicht –, war der Übergang der Fatah von einer Haltung, die eine jüdische Präsenz in Palästina nach 1917 ablehnte, Israel mit Gewalt zerstören wollte und darauf bestand, dass ganz Palästina ein palästinensisch-arabischer Staat wird, zu einer Haltung, die die Präsenz einer neuen jüdischen Gemeinde akzeptierte, in vollem Gange. Arafat sollte im November 1974 seine Rede vor der UN-Generalversammlung halten, das erste Mal, dass ein palästinensischer Führer vor dieser Institution sprechen durfte. Eine Reihe palästinensischer Intellektueller, darunter der Nationaldichter Mahmoud Darwish, arbeiteten sowohl an der arabischen Version dieser Rede als auch an ihrer englischen Übersetzung, und Suids Biograf Timothy Brennan zufolge fügte Said Elemente hinzu, von denen er wusste, dass sie beim amerikanischen Publikum Anklang finden würden. Er gab den berühmten Schlusssatz des Dokuments weiter: „Lasst den Olivenzweig nicht aus meiner Hand fallen.“ Oder, um diesen Schluss vollständig zu zitieren: „Heute bin ich mit einem Olivenzweig und dem Gewehr eines Freiheitskämpfers gekommen. Lasst den Olivenzweig nicht aus meiner Hand fallen.“

Davor gab es andere wichtige Sätze, die sehr „saidisch“ klingen und den palästinensischen Freiheitskampf seither durchaus repräsentieren; sie sind es deshalb wert, im Gedächtnis behalten zu werden: „Ich erkläre hiermit, dass wir, wenn wir von unseren gemeinsamen Hoffnungen für das Palästina von morgen sprechen, alle Juden, die jetzt in Palästina leben und sich dafür entscheiden, dort mit uns in Frieden und ohne Diskriminierung zu leben, in unsere Perspektive einbeziehen. [...] Ich erkläre hiermit, dass wir nicht wünschen, dass ein Tropfen arabischen oder jüdischen Blutes vergossen wird; ebenso freuen wir uns über das fortgesetzte Töten, das enden würde, sobald ein gerechter Frieden, der auf den Rechten, Hoffnungen und Bestrebungen unseres Volkes beruht, endgültig hergestellt wäre.“

Das war noch nicht das, was als Zweistaatenlösung bekannt wurde, ein Kompromiss, bei dem die palästinensische Führung 78 Prozent ihres ursprünglichen Heimatlandes im Austausch für einen souveränen Staat im Westjordanland, Gaza und Ostjerusalem aufgab. Aber das sollte 1976 geschehen.

Im Januar desselben Jahres blockierten die Vereinigten Staaten eine Resolution des UN-Sicherheitsrates, die eine Lösung forderte, welche auf Israels Rückzug auf die Grenzen von 1967 basierte, mit „geeigneten Regelungen ... zur Gewährleistung ... der Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit aller Staaten in der Region und ihres Rechts, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben“; das schloss nun nicht nur Israel, sondern auch einen neuen palästinensischen Staat in den besetzten Gebieten ein. Die Resolution wurde von Ägypten, Syrien, Jordanien, der PLO und der UdSSR unterstützt, und laut dem damaligen israelischen UN-Botschafter Chaim Herzog wurde sie von der PLO nicht nur unterstützt, sondern auch vorbereitet.

Der Kampf für diese Lösung und das Ringen, die PLO-Führung dazu zu bewegen, ein Narrativ darum herum zu entwickeln, das sowohl die israelische Öffentlichkeit als auch ein breiteres Publikum im Westen überzeugte, war Suids Mission für die nächsten 15 Jahre. Viele in der PLO-Führung sahen darin einen bürokratischen Prozess, in dessen Verlauf sie westliche Machthaber davon überzeugen mussten, dass sie vertrauenswürdige Partner waren, denen man selbst ein Stück Macht geben konnte. Said bestand darauf, dass ein echter Versöhnungsprozess nötig war, in dem jede Seite sowohl zu Kompromissen bereit war als auch versuchte, das Leiden der anderen Seite zu verstehen. „Beide Völker“, schrieb er im November 1993, als seine Desillusionierung über die PLO-Führung bereits

eingesetzt hatte, „müssen spüren, dass sie gleichberechtigt zusammenleben können und müssen – gleich in Rechten, gleich in Geschichte und Leiden – bevor eine echte Gemeinschaft zwischen den beiden Völkern entstehen kann. Mein Ziel ist es nicht, mit der Arbeit oder dem Versuch aufzuhören, diesen Traum zu verwirklichen, sondern die Sache der Versöhnung und Gleichheit so voranzutreiben, dass die Menschen wieder eingebunden werden, Fragen gestellt und Antworten gegeben werden, damit Prinzipien und Werte an sehr prominenter Stelle vor uns stehen.“

Von den frühen 1970er Jahren bis zu seinem Tod engagierte sich Said in einem nicht enden wollenden Strom von Organisationen, Institutionen und Menschen, viele von ihnen Juden, für die palästinensische Sache und seine eigene Vision einer machbaren Lösung – im Fall der Zweistaatenlösung eine, die er weder für perfekt noch für perfekt gerecht hielt, aber für so perfekt und gerecht, wie sie unter den gegebenen Umständen sein konnte.

Bei all dem war Said unübertroffen, wenn es darum ging, das uneingestandene Leid zu beschreiben und zu erläutern, das sein Volk, die Palästinenser, erlitten hatte und weiterhin erdulden musste. Aber – und das ist ein sehr wichtiger Punkt trotz eines der Titel, den ich gleich zitieren werde – er war auch ein Meister darin, die Palästinenser nicht nur als Opfer darzustellen, sondern als Akteure mit einer neuen „Identität, die nicht auf Exil und Opferrolle, sondern auf Beständigkeit, Hoffnung und erwachendem Gemeinschaftsgefühl beruht“, wobei Letzteres ein Zitat von der Rückseite seines 1986 erschienenen Buches „After the Last Sky“ ist, das er gemeinsam mit dem Fotografen Jean Mohr verfasste. Das andere Buch, auf das ich gerade angespielt habe, ist „Blaming the Victims. Spurious Scholarship and the Palestinian Question“, das ich zusammen mit Christopher Hitchens herausgegeben habe und das ein sehr detailliertes, von ihm mitverfasstes „Profil des palästinensischen Volkes“ enthält. Said wusste immer, dass der jüdische Holocaust sehr ernst genommen werden musste, sowohl als historischer Fakt an sich als auch im Zusammenhang mit der Enteignung der Palästinenser 1948 und 1967 und in der Zeit dazwischen und danach. Daher sprach er vom „schweren emotionalen Druck des Holocaust“ als einem Druck, dem „jeder zivilisierte Mensch sich natürlich unterwerfen muss“, aber nicht ohne hinzuzufügen, „so lange dadurch niemandes politisches Recht eingeschränkt wird, insbesondere nicht das von Menschen, die sich absolut von dieser rein europäischen Mitschuld distanzieren können“.

Die Palästinenser sollten nicht den Preis für das zahlen müssen, was die Deutschen den Juden angetan haben. Der Höhepunkt von Saims und anderer Befürwortung der Zweistaatenlösung kam mit der 19. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats in Algier im November 1988. Die erste Intifada, ein unbewaffneter ziviler Aufstand, der im Dezember zuvor im Gazastreifen begonnen hatte, hatte die palästinensische Frage wieder auf die internationale Landkarte gebracht, als Fernschirme auf der ganzen Welt zeigten, wie die israelische Armee palästinensische Kinder gnadenlos schlug und brutal behandelte, und wie Israel versuchte, diese im Wesentlichen eine Bewegung zivilen Ungehorsams gegen die Besatzung mit unerbittlicher Gewalt zu ersticken. In der Einführung zu seinem Buch „Politics of Dispossession“ (PoD) schrieb Said später: „Die Intifada machte zwar Fortschritte, aber sie konnte die palästinensischen Gebiete nicht allein befreien.“

Eine politische Offensive war nötig. Die PLO beschloss, gleichzeitig die UN-Resolution 181 anzuerkennen – die ursprüngliche Teilungsresolution, die von den Palästinensern immer abgelehnt worden war – und die Unabhängigkeit Palästinas in einer palästinensischen Unabhängigkeitserklärung auszurufen, die von Mahmoud Darwish verfasst und von Edward Said ebenfalls unterstützt wurde. In einem Artikel in der „Nation“ berichtete Said lebhaft über die intensive Debatte, die der Annahme des politischen Programms hinter der Erklärung vorausging und die mit 253 Stimmen dafür, 46 dagegen und 10 Enthaltungen endete. Bezeichnenderweise erklärte auch die Opposition, die mit Zähnen und Klauen gegen das Programm gekämpft hatte, dass sie sich der Mehrheit unterwerfen würde.

Said kommentierte: „An diesem Bruch mit der Vergangenheit konnte es nicht den geringsten Zweifel geben. Die Staatlichkeit auf der Grundlage der Resolution 181 zu erklären, bedeutete zunächst einmal, eindeutig zu sagen, dass ein arabisch-palästinensischer und ein israelischer Staat in einem

geteilten Palästina koexistieren sollten. Die Selbstbestimmung würde also für zwei Völker gelten, nicht nur für eines.“

Wie bereits erwähnt, bedeutete dies für die Palästinenser, sich von 78 Prozent ihres ursprünglichen Territoriums zu verabschieden, und so war es kein Wunder, dass „die Zeremonien zur Erklärung der Unabhängigkeit am Ende der Versammlungen freudig und doch irgendwie melancholisch waren“. Ich selbst erlebte etwas von dieser Melancholie und Trauer bei einem Festival im Marstallhof um 1990, das – heute fast undenkbar – einen großen Palästina-Teil in seinem Programm hatte und bei dem ein palästinensischer Geschichtenerzähler dem Publikum sagte, wie tief er von der Notwendigkeit des Friedens überzeugt sei, aber buchstäblich in Tränen ausbrach, als er über das Gefühl des Verlustes sprach, das dieser mit sich bringe.

Weiter schrieb Said: „Die Staatserklärung formulierte Prinzipien der Gleichheit, Gegenseitigkeit und sozialen Gerechtigkeit, die weit über alles in der Region hinausgehen. Nennen Sie sie idealistisch, wenn Sie wollen, aber das ist besser als das unbarmherzige Sektierertum und die Fremdenfeindlichkeit, mit denen die Palästinenser seit fünf Jahrzehnten zu kämpfen haben.“ Er begrüßte auch das Fehlen des Begriffs „bewaffneter Kampf“ in den Kernbeschlüssen des Kongresses und „die Ablehnung des Terrorismus in all seinen Formen“ (die ebenfalls in der Erklärung bekräftigt wird), macht aber einen nachdrücklichen Unterschied zwischen Widerstand gegen die Besatzung (auf den die Palästinenser gemäß der UN-Charta und dem Völkerrecht Anspruch haben) und gegen Gewalt, deren Ziel es ist, Zivilisten zu terrorisieren.

Dieser letzte Unterschied ist entscheidend, und ich bin ziemlich sicher, dass wir in der Diskussion nach meinem Vortrag darauf zurückkommen werden.

Ein letztes Mal trat Said öffentlich als „Arafats Mann“ auf. Sein Biograph beschreibt die Szene: „Es war Said, den die PLO auswählte, um die gute Nachricht zu überbringen. Als palästinensischer Vertreter in der bekannten ABC-Nachrichtensendung Nightline am 15. November 1988 berichtete er nur wenige Augenblicke nach der Verabschiedung der Erklärung überschwänglich aus Algier und war nie sichtbarer mit der PLO-Führung im Einklang. Das Eröffnungssegment des Videos in der Sendung zeigte ihn tatsächlich an Arafats rechter Hand. [...] Er legte klar die Position dar, die er immer vertreten hatte und die nun in das PLO-Programm eingraviert war: ‚zwei Staaten, ein arabischer und ein jüdischer ..., die Palästina unter sich aufteilen und friedlich koexistieren.‘“

Leider ging es von da an bergab. Weder die Intifada, die weitere fünf schmerzhaft Jahre mit dem Verlust überwiegend junger Palästinenserleben andauerte, noch die Friedensoffensive der PLO konnten die Palästinenser einem unabhängigen, souveränen Staat näherbringen, in dem sie frei sein konnten.

Die strategischen Fehler der PLO-Führung, die während des Golfkrieges 1990/1991 Partei für das Regime von Saddam Hussein ergriff oder zumindest so wahrgenommen wurde, führten zu einer internationalen Isolation der PLO, insbesondere in der arabischen Welt, und zu einer Erschöpfung ihrer finanziellen Ressourcen.

Auf der verzweifelten Suche nach einem Strohalm, an den sie sich klammern konnte, beschloss sie, an einem von den USA geführten Friedensprozess teilzunehmen, der im Oktober 1991 in Madrid begann und zunächst im September 1993 und dann – Oslo II – 1995 in den sogenannten Oslo-Abkommen gipfelte. Dies ist nicht der Ort für eine umfassende Analyse der Oslo-Abkommen – Suids eigene drei Bände zu diesem Thema, von denen der erste hier auf Deutsch erhältlich ist (der zweite wurde auch ins Deutsche übersetzt), bieten eine meisterhafte Analyse all dessen, was daran falsch ist.

Der grundlegende Fehler lässt sich schnell zusammenfassen: Die PLO trat dem Prozess nicht als gleichberechtigter Partner Israels bei, sondern als Untergebener. Es gab keine gegenseitige Anerkennung. Während die PLO nicht nur Israel anerkannte, sondern auch Israels berühmtes „Existenzrecht“, eine Formel, die im Völkerrecht keinerlei Geltung hat, erkannte Israel die PLO lediglich als „Vertreter des palästinensischen Volkes“ an. Doch wie Said schrieb, „gibt es auf keiner der

Hunderterten von Textseiten“ des Abkommens „einen Hinweis darauf, dass die Palästinenser das Recht auf Souveränität hätten“.

Während die PLO-Führung wie auch das liberale internationale Polit- und Medien-Establishment Oslo als Weg zu einem palästinensischen Staat und einer Zweistaatenlösung verkauften, muss jeder, der Augen im Kopf hat, nur die Situation im Alten Testament von 1993 mit der heutigen vergleichen, um zu erkennen, dass sie unendlich viel schlimmer ist.

Edward Said, Noam Chomsky und viele andere Beobachter sahen diese Entwicklung von Anfang an voraus, und 1999, in der letzten Phase des offiziellen Oslo-Prozesses (Abkommen von Scharm asch-Schaich vom 4. September), war klar, dass diese Art der „Zweistaatenlösung“ für die israelische Besatzungsmacht ein großer Erfolg, für die Palästinenser jedoch ein dramatischer Misserfolg war.

Etwa zur gleichen Zeit, im Januar 1999, veröffentlichte Said seinen Artikel „Die Einstaatenlösung“ (The One-State Solution, OSS) in der New York Times, der sofort große Bekanntheit erlangte. Sein grundlegendes Argument war, wenn ich es richtig verstehe, dass die Praxis der israelischen Besatzung inzwischen bereits eine Einstaaten-Realität herbeigeführt hatte: „Die Bemühungen um eine Abspaltung erfolgten gleichzeitig und paradoxerweise mit den Bemühungen, immer mehr Land einzunehmen, was wiederum bedeutete, dass Israel immer mehr Palästinenser erhielt. [...] Aber die Fläche des historischen Palästinas ist so klein, die Israelis und Palästinenser sind trotz ihrer Ungleichheit und Antipathie so eng miteinander verflochten, dass eine saubere Trennung einfach nicht möglich ist oder funktionieren wird.“

Mit anderen Worten: Israel war bei der Einverleibung Palästinas zu erfolgreich gewesen, als dass eine Zweistaatenlösung noch hätte funktionieren können, und musste nun im Innern mit der Form eines Anti-Apartheid-Kampfes konfrontiert werden.

Forderungen nach einer Einstaatenlösung wurden oft als Aufruf zur gewaltsamen Zerstörung Israels und zur Auslöschung der jüdischen Präsenz in Palästina abgetan, aber in Suids Fall – und eigentlich in praktisch allen anderen Fällen, die ich kenne – könnte nichts weiter von der Wahrheit entfernt sein. In OSS schreibt Said, nachdem er argumentiert hat, dass die beiden Bevölkerungen nicht mehr getrennt werden können: „Dies bedeutet nicht eine Verminderung des jüdischen Lebens als jüdisches Leben oder eine Aufgabe der palästinensisch-arabischen Bestrebungen und der politischen Existenz. Im Gegenteil, es bedeutet Selbstbestimmung für beide Völker. Aber es bedeutet die Bereitschaft, den Sonderstatus eines Volkes auf Kosten des anderen abzuschwächen, zu verringern und schließlich aufzugeben. Das Rückkehrgesetz für Juden und das Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge müssen in Betracht gezogen und zusammengeführt werden. Sowohl die Vorstellungen von Großisrael als dem Land des jüdischen Volkes, das ihm von Gott gegeben wurde, als auch von Palästina als einem arabischen Land, das nicht von der arabischen Heimat getrennt werden kann, müssen in Umfang und Exklusivität reduziert werden.“ (OSS, 4-5)

Wie Sie deutlich sehen können, ist das erneut im Geiste der Versöhnung und des Kompromisses geschrieben.

Typischerweise hat Edward Said in OSS auch die Frage der palästinensischen Flüchtlinge außerhalb des historischen Palästinas auf die Tagesordnung gesetzt. Er hat immer darauf bestanden, dass diese Frage, die immerhin die Hälfte des palästinensischen Volkes betrifft, nicht unter den Teppich gekehrt werden darf, sondern einer klaren Abrechnung bedarf, indem man verlangt, dass Israel erstens seine historische Verantwortung für die Vertreibung der Palästinenser, die Nakba, anerkennt, und zweitens die Rechte der Flüchtlinge, die sich aus dieser Tatsache ergeben. Zur Verwirklichung dieser Rechte beizutragen, war einer der Gründe für Suids Bemühungen, das palästinensische Volk „aufzuwerten“, wie er es in „Blaming the Victims“ tat. Seine Worte in „Two Peoples in One Land“ (Dezember 1994) sind zwangsläufig vage, aber dennoch aufschlussreich: „Ich denke, all diese [vorher erwähnten Initiativen] müssen die PLO jetzt dazu bringen, unsere Ansprüche als Volk zu bekräftigen: Selbstbestimmung, die völlige Unabhängigkeit der Gebiete, die menschliche und praktische Bearbeitung von Flüchtlingsansprüchen auf Repatriierung und/oder Entschädigung.“

Wenn für die Flüchtlinge nicht Gerechtigkeit gefordert wird, wird sie nicht gewährt – so einfach ist das.

Bevor ich diesen Teil meiner Präsentation abschließe und zu einer kurzen Skizze der schrecklichen Gegenwart übergehe, die eigentlich zu unserer Veranstaltung heute Abend geführt hat, möchte ich eine Entdeckung mit Ihnen teilen, die ich bei meinen Recherchen für diesen Vortrag gemacht habe: Edward Said war kein Nichtstaats-Absolutist (none-state-absolutist). Noch im Juni 2002, etwas mehr als ein Jahr vor seinem Tod, schrieb er: „Damit [...] eine palästinensische Strategie funktioniert, muss es eine israelische Komponente geben, die aus Einzelpersonen und Gruppen besteht, mit denen eine gemeinsame Basis für den Kampf gegen die Besatzung geschaffen werden kann und muss. [...] Es muss unsere Aufgabe sein, die Idee einer Koexistenz in zwei Staaten zu projizieren, die auf der Grundlage von Souveränität und Gleichheit natürliche Beziehungen zueinander unterhalten.“

Dies steht ganz im Einklang mit dem, was Said in einem Interview mit dem Radiomoderator David Barsamian im November 2000 erklärte, sechs Wochen nach Ausbruch der zweiten Intifada. Es ist ein guter Schlusspunkt, denn er skizziert eine mögliche Relation zwischen der Einstaats-Idee und der Zweistaaten-Idee: „Die Ökonomien und die Geschichte sind so eng miteinander verflochten, dass ich immer noch glaube, ein binationaler Staat sei letztlich die einzige langfristige Lösung. Ich vermute, in der Zwischenzeit, als eine Art Übergang, müsste man zwei Staaten haben, die beide frei von militärischer Besatzung sind. Aus dieser Freiheit heraus könnte der palästinensische Staat dann eine Politik verfolgen, die ihn nicht nur mit Israel, sondern auch mit Jordanien, dem Libanon und den anderen Ländern vereint, die diesen sehr dicht besiedelten und potenziell integrierten Teil der Welt ausmachen.“ Und Said fügt hinzu: „Der Punkt ist, dass die Teilung, die Trennung, nicht funktioniert hat.“ (CR, 63)

Teil II

Wenn wir ehrlich sind, sind wir heute nicht hauptsächlich wegen Edward Said hier, so wichtig er auch ist, sondern wegen der schrecklichen Ereignisse in Gaza seit dem 7. Oktober 2023. Um kurz darauf einzugehen: Was geschah dort (und im Westjordanland) seit Edward Saims Tod im Jahr 2003, zumindest in absoluten Zahlen?

Vom Beginn der zweiten Intifada im Oktober 2000 bis Ende 2007 wurden mehr als 4'000 Palästinenser getötet, die überwiegende Mehrheit nach 2002, dem Höhepunkt der palästinensischen Gewalt während der Intifada mit ihren Selbstmord-Attentaten. Im gleichen Zeitraum wurden 1'000 Israelis getötet, die überwiegende Mehrheit in den Jahren 2001 bis 2003.

Die Jahre nach der Wahl der Hamas brachten die israelische Gewalt gegen Palästinenser auf ein Niveau, das sich Said kaum hätte vorstellen können; seit 2008 bis zum 7. Oktober 2023 wurden mindestens 6'000 Palästinenser getötet, hauptsächlich während und zwischen den verschiedenen Militäroperationen Israels gegen Gaza, die von den obersten Militärs als „Rasenmähen“ bezeichnet werden. Im selben Zeitraum starben etwa 300 Israelis infolge palästinensischer Angriffe mit Raketen oder auf andere Weise.

Sie sehen, dass das Ungleichgewicht erschütternd ist. Am 7. Oktober 2023 brachen palästinensische Militante aus Gaza aus, griffen Militäreinrichtungen an und töteten sowohl Hunderte israelische Soldaten und Sicherheitskräfte als auch eine große Zahl Zivilisten; die Gesamtzahl der Todesopfer betrug etwa 1'150, von denen zwei Drittel Zivilisten waren; eine unbekannte, aber nicht unerhebliche Zahl wurde vom israelischen Militär getötet.

Wir wissen, was danach kam: Ein mörderischer Krieg des israelischen Militärs gegen ganz Gaza, wahlloses Töten in gigantischem Ausmaß, mutwillige Zerstörung von allem, was für eine zivilisierte Gesellschaft notwendig ist: Krankenhäuser, Schulen, Abwasser, alles.

Laut einem kürzlich erschienenen Artikel in der renommierten medizinischen Fachzeitschrift Lancet wurden bis August letzten Jahres mindestens 70'000 Menschen durch, wie die Zeitschrift es ausdrückt, „gewaltsame Traumata“ getötet und mehr als 100'000 verletzt.

Zwei Drittel aller Gebäude wurden zerstört, die meisten Krankenhäuser entweder zerstört oder beschädigt oder wegen mangelnder Ausstattung geschlossen, alle Universitäten zerstört, alle Schulen geschlossen, tausende Studenten und hunderte Lehrer getötet.

Das Ausmaß der Zerstörung ist einfach unvorstellbar. Warum sehen wir dann so wenig Protest, insbesondere in aufgeklärten, das heißt mehr oder weniger akademischen Kreisen? Wäre es nicht zwingend erforderlich, auf die Straße zu gehen, im übertragenen Sinn natürlich?

Ich denke, die Antwort kann erneut in Edward Saids Werk gefunden werden. 1987 schrieb er eine Buchbesprechung, in der er dieselbe Frage über Israels mörderischen Libanonkrieg von 1982 stellte, in dessen Verlauf rund 20'000 Palästinenser und Libanesen getötet wurden und der in den berühmtesten Massakern in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila gipfelte.

Der Artikel trug den Titel „Der essentielle Terrorist“ (The Essential Terrorist) und seine zentrale These war, dass „die Araber“, „die Muslime“ und vor allem die Palästinenser im Westen genau als solche angesehen werden: als Menschen, die aus Neid und Hass auf den Westen zu irrationalem Terror neigen. Und ein Teil der Bedeutung des Wortes „Terrorist“ im westlichen Diskurs ist eine Person, die zu töten zulässig oder möglicherweise sogar verdienstvoll ist.

Wenn Sie mir nicht glauben, denken Sie an die Reaktionen im Westen, einschließlich Deutschland, auf die israelischen Morde an Ismael Haniyeh, Yahya Sinwar oder Hassan Nasrallah: Gott sei Dank sind sie tot, die Welt ist ohne sie ein besserer Ort. Meiner Ansicht nach ist es sehr zweifelhaft, dass die Reaktion dieselbe wäre, wenn jemand Benjamin Netanjahu, Yoav Gallant oder Bezalel Smotrich töten würde, die sich alle meiner Meinung nach weitaus schwererer Verbrechen schuldig gemacht haben als die drei Erstgenannten. Ich würde wetten, die Flaggen würden auf Halbmast wehen.

Das Geheimnis all dessen ist, dass „ihre“, das heißt die Gewalt der Muslime, Araber, Palästinenser oder anderer Gegner der westlichen Gewalt immer Terror ist, ganz gleich, wie groß die Provokation auch gewesen sein mag, während unsere Gewalt immer Selbstverteidigung ist. Diese Selbstverteidigung mag manchmal übertrieben sein, zu lange andauern oder zu sorglos ausgeführt werden, aber unsere guten Absichten werden nie infrage gestellt, ganz gleich, wie die Beweise aussehen.

So konnte ein anständiger Mensch wie Anthony Lewis von der „New York Times“, der Saids Buch „The Question of Palestine“ sogar als „eindringlichen Aufruf zu Identität und Gerechtigkeit“ lobte, am Ende des Vietnamkriegs, der vier Millionen Menschen das Leben kostete und drei Länder zerstörte, schreiben, dass er „ungeschickte Bemühungen, Gutes zu tun“ seitens der Vereinigten Staaten darstellte, desselben Landes, dessen Präsident und Außenminister (Nixon und Kissinger) ihrer Luftwaffe befahlen, in Kambodscha die Taktik „alles, was fliegt, auf alles, was sich bewegt“ anzuwenden.

Doch wenn wir über den ideologischen Nebel hinausblicken, besteht kein Zweifel daran, dass die Massentötungen von Zivilisten – mindestens 60 Prozent der Opfer sind Frauen, Kinder und Alte – und die Zerstörungen in Gaza mutwillig, vorsätzlich und zielgerichtet sind. Die Beweise dafür sind überwältigend. Amnesty International, Human Rights Watch, das israelische Zentrum für Menschenrechtsinformationen „B'tselem“ und die palästinensische Menschenrechtsorganisation „Al Haq“ sprechen alle von „Völkermord“, was bedeutet, dass die israelischen Massentötungen in Gaza vorsätzlich, also Mord, sind.

Wer immer noch nicht überzeugt ist, kann sich einen sorgfältigen Bericht des israelischen Historikers Lee Mordechai ansehen, über den kürzlich in „Haaretz“ berichtet wurde und in dem er jedes erdenkliche Verbrechen der Welt dokumentiert, das die israelische Armee in Gaza begangen hat.

Aber da „der Nationalist die von seiner eigenen Seite begangenen Gräueltaten nicht nur nicht missbilligt, sondern [...] eine bemerkenswerte Fähigkeit besitzt, nicht einmal davon zu hören“ (George Orwell), kann dies nur erkannt werden, wenn wir die orientalistische Linse vor unseren Augen entfernen, nicht nur beim Betrachten des anderen, sondern auch beim Betrachten unseres Selbst.

Ein letztes Wort, um noch einmal auf Edward Said zurückzukommen. Ein Thema heute ist, wie man einen Ausweg aus der gegenwärtigen Gewalt und dem Blutbad finden kann. In diesem Zusammenhang ringen Politiker und Medien die Hände über die schwierige Frage: „Wie soll Gaza regiert werden?“ Soll es die Palästinensische Autonomiebehörde in Ramallah sein? Oder ein Konsortium der Golfstaaten, das in diesem Fall Friedenstruppen dorthin schicken sollte? Oder eine Gruppe von Technokraten, die von den USA, Israel und vielleicht der EU ausgewählt wurden?

In seinem berühmtesten Werk „Orientalismus“ zitiert Said aus Karl Marx’ Polemik „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“, in der dieser beschreibt, wie die französische Bauernschaft seiner Ansicht nach zu einem unbewussten „Sack Kartoffeln“ degradiert worden war. Marx’ Schlussfolgerung, „Sie können sich nicht selbst vertreten, sie müssen vertreten werden“, ist in der Tat das Motto von Saids gesamtem Buch, also der erste Satz, auf den der Leser stößt.

Es kommt selten vor, dass jemand mit so wenigen Worten so viel sagen kann. Hat jemals jemand gefragt, wer Israel bei Friedensverhandlungen oder anderen Unterfangen vertreten soll? Der allererste Schritt zum Frieden zwischen israelischen Juden und palästinensischen Arabern ist die Einsicht und die Anerkennung, dass es allein Sache des palästinensischen Volkes ist, zu bestimmen, von wem es vertreten werden möchte.

Quellen für Teil II

- Killings of Palestinians and Israelis from 2000 to 2007 and from 2008 to 2023: United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR), B’tselem.
- Killings on October 7, 2023: France 24, March 2024.
- Gazans killed post-October 23: *The Lancet*, Volume 405, Issue 10477, 469-477, February 08, 2025.
- Destruction in Gaza: United Nations OHCHR, multiple other sources.
- “The Essential Terrorist”: Review of Benjamin Netanyahu. *Terrorism: How the West Can Win*. New York: Farrar, Straus and Giroux, 1986. In *Arab Studies Quarterly*, Spring 1987, Vol. 9, No. 2, 195-203.
- Victims of Lebanon war: Chomsky, *Fateful Triangle. The United States, Israel, and the Palestinians*, 2nd edition, South End Press, 1999, and many other sources.
- Anthony Lewis: Blurb for *The Question of Palestine*.
- „Everything that flies ...“: Chomsky, Noam (2004), “War Crimes and Imperial Fantasies,” *International Socialist Review*, 37, September-October.
- Human rights organizations: See their websites.
- Orwell: “Notes on Nationalism” (1945).
- Said quoting Marx: *Orientalism* and *The 18th Brumaire*.